

Stimmen gegen den Krieg – Digest russischer Antikriegsproteste April 2026

Im Folgenden finden Sie eine Sammlung russischer Antikriegsproteste und Verfahren gegen Kriegsgegner im April 2026 ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Der Digest wird monatlich fortgeführt.

Die Stadt spricht

Perm



[Aufschrift](#) neben Friedenszeichen: "Wir sind viele"

Foto: Perm 36,6

Einzelkundgebungen und Demonstrationen

"Wo sind Putins Töchter? Als Sanitäterinnen an der Front?"



In Novosibirsk sprach sich der Aktivist der nicht registrierten *Russischen Kommunistischen Partei*, Sergej Krupenko, bei der traditionellen Maidemonstration [gegen den Krieg](#) aus. Vor etwa 30 Zuhörern äußerte er, die Russen seien der "bekannten Operation" müde, und fragte: "Wann wird das alles enden? Wo sind die Kinder von Medvedev, Kirijenko und Peskov? Wo sind Putins Töchter? Arbeiten sie als Sanitäterinnen an der Front?" Bei der Aktion standen Plakate mit den Aufschriften "Frieden den Völkern!" und "Nein zum Faschismus!" Krupenko war in der Vergangenheit bereits wegen "Diskreditierung der Armee" mit einer Geldstrafe belegt worden.

Einzelkundgebung zur Unterstützung von Anti-Kriegsjournalisten in Novosibirsk



Der Aktivist Vladimir Suchov aus Novosibirsk hielt erneut, wie immer samstags, eine [Einzelmahnwache](#) auf dem Leninplatz ab. Diesmal forderte er die Freilassung der RusNews-Journalisten Marija Ponomarenko und Roman Ivanov, die wegen Beiträgen über die russische Invasion in der Ukraine zu Haftstrafen verurteilt wurden. Außerdem rief der Aktivist zur Freilassung der Journalistin Olga Komljova sowie aller weiblichen politischen Gefangenen auf.

Gedenken

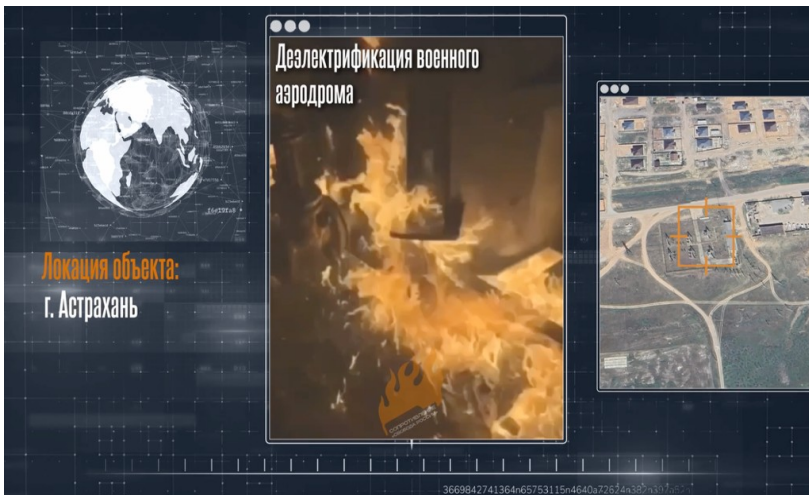
Moskau Gedenkstelle Nemzov-Brücke



Aktivisten brachten zur "Nemzov-Brücke", der Gedenkstelle der Ermordung von Boris Nemzov auf der Moskvorezkij-Brücke gegenüber dem Kreml, eine Papier-Taube mit der Aufschrift "Frieden, Fortschritt, Menschenrechte". Diese Worte stammen aus dem Titel und der zentralen Botschaft der Nobelvorlesung des Menschenrechtlers Andrej Sacharov aus dem Jahr 1975.

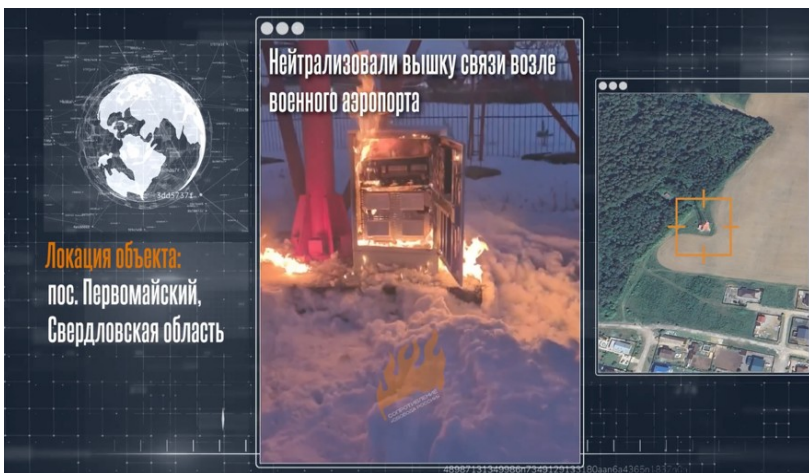
Sabotageakte

"Spezialoperation zur Ent-Elektrifizierung eines Flugplatzes" in Astrachan



Partisanen der Gruppierung "Svoboda Rossii" [Freiheit für Russland] haben einen Brandanschlag auf ein Umspannwerk verübt, das den Flugplatz "Privolzhskij" in Astrachan mit Strom versorgt. Dort sind *MiG-29SMT-Kampffjets* stationiert, die Bombenangriffe auf ukrainisches Gebiet fliegen können. Die Aktivisten bezeichneten die Aktion als "[Spezialoperation zur Ent-Elektrifizierung des Flugplatzes](#)". Durch den Brand wurden planmäßige Übungen und Trainingsflüge vorübergehend gestoppt. Den Schaden für die russische Militärwirtschaft schätzten die Partisanen auf rund 300.000 US-Dollar.

Militärflughafen im Ural nach Brandanschlag von der Kommunikation abgeschnitten



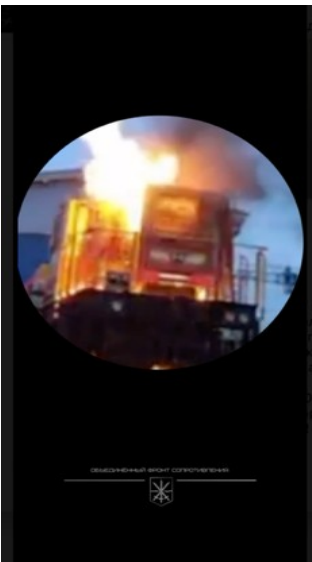
Die Widerstandsgruppe "Svoboda Rossii" hat am 28. April eine Kommunikationsanlage in der Nähe des Militärflugplatzes "Uktus" im Gebiet Sverdlovsk (Föderationskreis Ural) [in Brand gesetzt](#). Die Partisanen zerstörten dabei Antennen sowie Systeme der elektronischen Kommunikation, wodurch die Abwehr des Flugplatzes gegen Drohnen deutlich geschwächt worden sein soll.

Sabotageakte in Tuapse und Sotschi eröffnen Luftkorridore für Angriffe auf Raffinerien



Die Partisanengruppe "ATESCH" [führte gleichzeitig Aktionen](#) an zwei für Russland wichtigen Objekten im Südlichen Föderationskreis durch: In Tuapse wurde eine Station zur Überwachung des Luftraums in Brand gesetzt, in Sotschi eine Trafostation zerstört, die Flugabwehrsysteme mit Strom versorgte. Laut der Gruppe erleichterten die Sabotageakte anschließend den ukrainischen Streitkräften Angriffe auf eine Öltraffinerie in Tuapse, die als wirtschaftlich und militärisch wichtig gilt.

Brandanschlag auf Gleisbauwagen



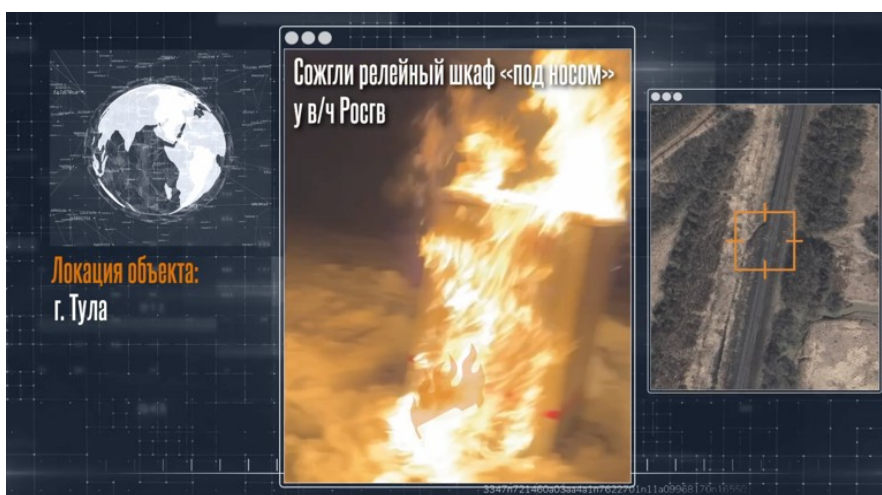
Die Bewegung "Objedinennyj Front Soprotivlenija" [Vereinigte Widerstandsfront] berichtete über eine Aktion Anfang April in Jaroslavl (Zentraler Föderationskreis). Dabei habe ein Partisan einen technischen Zug zur Instandhaltung von Gleisanlagen [in Brand gesetzt](#), der rund 70 Millionen Rubel (ca. 800.000 Euro) wert gewesen sei. Die Aktion habe die militärische Logistik beeinträchtigt.

Unternehmen Rosatom: Zerstörung von Kommunikations- und Überwachungstechnik



"Svoboda Rossii" [Freiheit für Russland] meldete die Zerstörung von Kommunikations- und Überwachungstechnik bei dem Unternehmen [Rosatom](#). Das Unternehmen bei Moskau beschäftigt sich mit der Herstellung und Lieferung von Isotopen und beteiligt sich aktiv am nuklearen "Verteidigungsprogramm" Russlands.

Tula (Föderationskreis Zentralrussland)



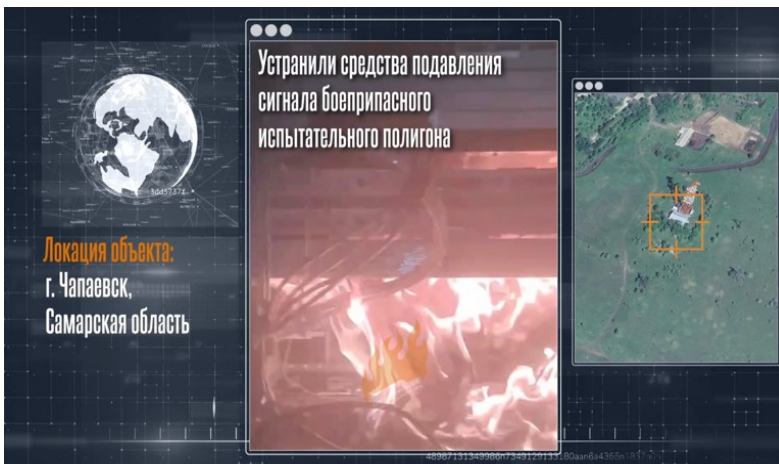
Partisanen der Widerstandsbewegung "Svoboda Rossii" [Freiheit für Russland] haben einen [Relaisschrank](#) zerstört, der eine Eisenbahnstrecke der Militäreinheit Nr. 5580 in Tula versorgte. Die Einheit Nr. 5580 gehört zur Rosgwardija und ist für den Schutz von Spezialfracht sowie militärischer Infrastruktur zuständig, darunter auch Güterzüge mit militärischen Transporten.

Gebiet Sverdlovsk (Föderationskreis Ural)



Mitglieder der Partisanenbewegung "ATESCH" haben einen Telekommunikationsschrank an einem wichtigen Funkturm im Dorf Gornyj Schtschit im Föderationskreis Ural [zerstört](#). Dadurch wurde das Informationsaustauschsystem des Hauptquartiers des Zentralen Militärbezirks für die 90. Gardepanzerdivision lahmgelegt. Zeitpläne für die Verladung von Militärzügen sowie die Entsendung von Marschkompanien an die ukrainische Front wurden dadurch gestört.

Tschapaevsk (Föderationskreis Wolga)



"Svoboda Rossii" hat die Ausrüstung eines Mobilfunkmasts des staatlichen Betriebes *PGIBP* [zerstört](#), der für die Überwachung und den Perimeterschutz eines militärischen Testgeländes in Tschapaevsk zuständig war. *PGIBP* ist ein Rüstungsunternehmen, das sowohl die Erprobung von Munition als auch deren Lagerung übernimmt. Durch den Vorfall soll das Testgelände anfälliger für Drohnenangriffe und Sabotageaktionen am Boden geworden sein.

Umspannwerk eines Rüstungsbetriebs zerstört



Die Partisanenbewegung "Vereinigte Widerstandsfront" hat in einem Rüstungsbetrieb bei Schlüsselburg (Nordwestlicher Föderationskreis) das Steuerungssystem einer großen Stromverteilerstation [in Brand gesetzt](#). Dadurch wurde die Stromversorgung unterbrochen, der Betrieb stellt Brennelemente für die Raketen *Iskander* und *Topol-M* her.

Lieferung von militärischer Ausrüstung und Technik des Werks *Promsvjas* gestoppt



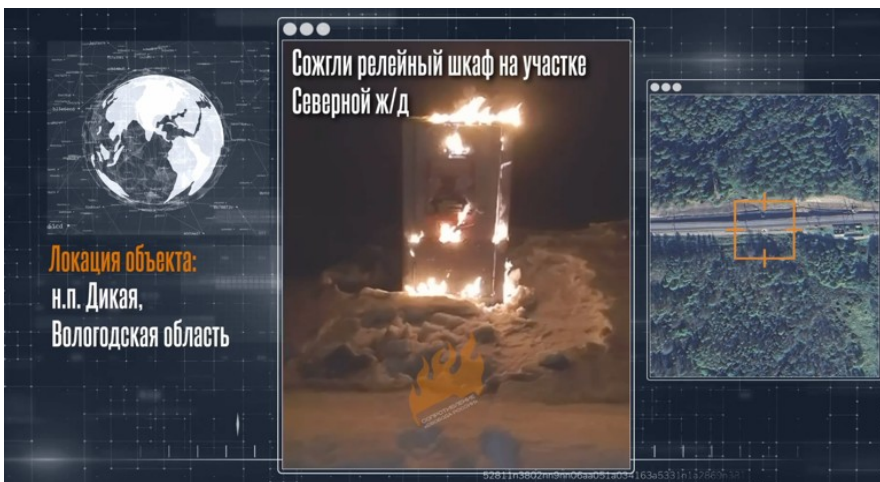
Die Widerstandsgruppe "Svoboda Rossii" hat einen Relaiskasten [in Brand gesetzt](#), der eine Bahnstrecke zum Werk *Promsvjas* in der Stadt Novlja (Zentraler Föderationskreis) versorgt. Dies unterbrach die Versorgung des Werks mit Komponenten für Produktion und Lieferung von Spezialkommunikationsausrüstung sowie gepanzerten Fahrzeugen zum Aufbau von Kommunikationsverbindungen an die ukrainische Front.

Rangierlok für Militärzüge in Toljatti in Brand gesetzt



Die Widerstandsgruppe "Svoboda Rossii" hat über eine [neue Sabotageaktion](#) im Gebiet Samara (Föderationskreis Wolga) berichtet. In der Stadt Toljatti setzten sie eine Militär-Lokomotive des Typs VL-10U in Brand. Der Schaden wurde auf rund 500.000 US-Dollar geschätzt.

Transporte von Militärgütern auf nördlicher Eisenbahnstrecke lahmgelegt



"Svoboda Rossii" hat eine Sabotageaktion an der nördlichen Eisenbahnstrecke gemeldet. Am Bahnhof "Dikaja" im Gebiet Vologda wurde ein Relaiskasten [in Brand gesetzt](#). Dadurch wurde der Güterverkehr mit militärischer und sogenannter Dual-Use-Fracht vorübergehend unterbrochen.

"ATESCH" veröffentlicht Informationen über Beteiligung an Angriff auf Seehafen in Ust-Luga



Die Partisanenbewegung "ATESCH" hat im Gebiet Leningrad (Nordwestlicher Föderationskreis) eine Reihe von [Sabotageakten](#) durchgeführt. Sie zerstörten drei Mobilfunkmasten mit Modulen zur elektronischen Kriegsführung in Kingisepp, Vyborg und Luga und schufen damit nach eigenen Angaben einen Luftkorridor für ukrainische Drohnen zum Seehafen in Ust-Luga. Vor den Angriffen galt dieser als einer der größten russischen Ölhäfen. Laut [BBC](#) sank das Exportvolumen russischen Erdöls über Ust-Luga im April um 74 %

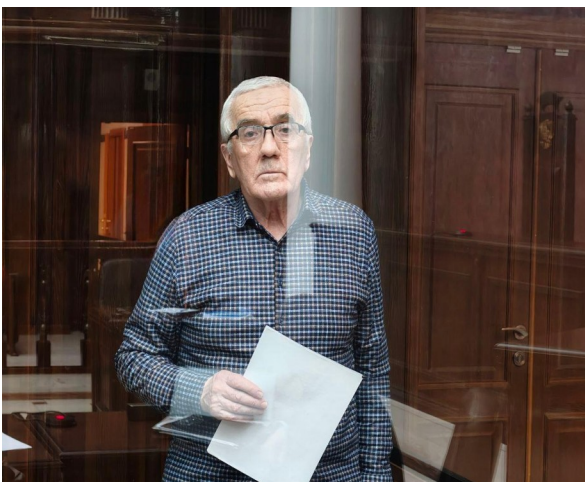
Verfolgungen

Buddhist spricht sich im Internet gegen den Krieg aus: 6 Jahre Lagerhaft



Buddhist und Programmierer Ilja Vassiljev veröffentlichte in seinen sozialen Netzwerken mehrere englischsprachige Beiträge, in denen er den Krieg in der Ukraine kritisierte und u.a. Vladimir Putin für die Ablehnung einer Weihnachts-Waffenruhe 2022 verurteilte. Diese Posts führten zu seiner Festnahme und dem Vorwurf der Verbreitung "Falschmeldung über die Armee". 2025 wurde er zunächst zu acht Jahren Haft verurteilt, sein Fall wurde später neu verhandelt. Nun wurde er zu [sechs Jahren Lagerhaft](#) in allgemeinem Regime verurteilt.

Heimatforscher schreibt Anti-Kriegs-Post auf Tatarisch: Freiheitsstrafe



Der 71-jährige Fazyl Valiachmetov veröffentlichte auf seinem Profil bei VKontakte mehrere Beiträge auf Tatarisch gegen den Krieg. Er schrieb unter anderem: "Warum töten Menschen in

Kriegen andere oder sterben selbst? Fehlt es an Essen? An Kleidung? An Land? Wollen sie keine Kinder großziehen? Im Alter kein angenehmes Leben haben? Oder fehlt es ihnen einfach an Verstand?"Außerdem teilte er ein Video der Gruppe "Svoboda Rossii". Am 28. April wurde er wegen "Diskreditierung der Armee" und "Rechtfertigung von Terrorismus" zu [sechs Jahren](#) Freiheitsentzug verurteilt.

Aufruf der Ukraine zu helfen: 11 Jahre Lagerhaft

Schovau Chertek aus Chakassien (Zentraler Föderationskreis) veröffentlichte im Juni 2023 auf Instagram Beiträge und Kommentare, in denen er zu Geldspenden für die Ukraine und die ukrainischen Streitkräfte aufrief, und äußerte sich 2022–2023 außerdem zu dem Anschlag auf die Krym-Brücke und den Angriff auf russische Soldaten in Makejevka. Das Gericht verurteilte ihn nun zu [11 Jahren Lagerhaft](#) wegen "Anstiftung zum Landesverrat", "Rechtfertigung von Terrorismus im Internet" sowie "Aufrufen gegen die Sicherheit Russlands".

"Okkupation der Ukraine": Geldstrafe

Achmet Arslanov aus Tschukotka, Mitarbeiter bei einem Sicherheitsdienst, äußerte sich in der Notaufnahme eines Krankenhauses zum Krieg in der Ukraine. Dabei sagte er sinngemäß, dass in Russland oft falsch über angebliche "Nazis in der Ukraine berichtet werde, während solche Erscheinungen auch in Russland selbst existierten." Ein Stadtgericht verhängte daraufhin eine [Geldstrafe](#) von 30.000 Rubel (etwa 1,1 Mindestlöhne).

13 Jahre für das Filmen eines Kontrollpunkts einer Militäreinheit



Der Programmierer Vadim Nekraschtschuk aus Irkutsk (Föderationskreis Sibirien) fotografierte den Kontrollpunkt einer Militäreinheit und gab die Bilder sowie Koordinaten an einen mutmaßlichen Mitarbeiter des ukrainischen Geheimdienstes weiter. Im März 2025 wurde Nekraschtschuk festgenommen und über drei Monate in einer konspirativen Wohnung des FSB festgehalten. In dieser Zeit sollen außerdem Vermögenswerte in Höhe von etwa 150.000 Rubel von seinem Krypto-Wallet entwendet worden sein. Am 15. April wurde er wegen "Hochverrats" zu [13 Jahren](#) Freiheitsstrafe sowie einer Geldstrafe von 268.000 Rubel (9,9 Mindestlöhne) [verurteilt](#).

Journalistin wegen Kommentaren in sozialen Netzwerken vor Gericht gestellt



Nach der Vollinvasion Russlands auf die Ukraine begann die Moskauer Journalistin und Fernsehproduzentin [Kapitolina Averina](#) in sozialen Netzwerken Kommentare gegen den Krieg zu veröffentlichen. Am 5. Februar 2026 wurde sie in Ivangorod (Nordwestlicher Föderationskreis) festgenommen und in eine Untersuchungshaftanstalt des Gebietes Kaluga gebracht. Der Kommentar "Moskau bombardieren" und abfällige Bezeichnungen für Russland führten nun zur Anklage wegen "[Aufrufs zum Terrorismus](#)". Ihr droht eine Freiheitsstrafe von 5 bis 7 Jahren, da seit dem 24. Februar 2022 in solchen Fällen keine Geldstrafen mehr verhängt werden.

9 bis 11 Jahre Straflager für nicht stattgefundenen Brandanschlag



Foto: SOTAvision

In der Nacht zum 3. Februar 2023 planten Ivan Blagodatskich, Ilja Kudinov und Achmed Ramaldanov, das Militärkommissariat der Bezirke Sowjetskij und Schelesnodorozhnyj in Rostov am Don mit Molotow-Cocktails anzugreifen. Die Aktion wurde jedoch verhindert, da die Männer vom FSB festgenommen wurden. Ihnen wird "versuchter Terroranschlag in Gruppenform" vorgeworfen, Kudinov und Blagodatskich zusätzlich "Anwerbung für terroristische Aktivitäten". Laut Ermittlungen sollen sie ehemalige Aktivisten einer revolutionären Arbeiterpartei sein. Ziel der Aktion sei gewesen, die "militärische Spezialoperation" in der Ukraine und die Teilmobilmachung

in Russland zu stoppen. Eine ebenfalls beteiligte FSB-Informantin wurde mit den Verdächtigen festgenommen; bei ihr fand man unter anderem Brandflaschen, Pyrotechnik und ein US-Flagge. Die Staatsanwaltschaft forderte Strafen von [9 bis 11 Jahren](#), zunächst in einer Strafanstalt, danach in einer Strafkolonie mit strengem Regime. Nun wurden die drei Männer [verurteilt](#): Blagodatskich erhielt 9 Jahre Freiheitsentzug, Ilja Kudinov 10 Jahre und Achmed Ramaldanov 8 Jahre.

19 Jahre Lagerhaft für die Absicht, für die Ukraine zu kämpfen

Aleksandr Pustraschov aus der Region Sverdlovsk (Föderationskreis Ural) soll geplant haben, sich einer nicht näher bezeichneten "ukrainischen militärischen Vereinigung" anzuschließen. Außerdem soll er im Auftrag eines "ausländischen Geheimdienstes" in die Region Kursk gereist sein, wo er Informationen für Drohnenangriffe auf verwundbare Infrastruktur-Objekte gesammelt und weitergegeben haben soll. Aleksandr wurde wegen "Hochverrats" angeklagt und zu [19 Jahren Haft](#) in einer Strafkolonie mit strengem Regime sowie zu einer Geldstrafe von 400.000 Rubel (etwa 14,8 Mindestlöhne) verurteilt.

3 Jahre Haft für einen Kommentar über das "Russische Freiwilligenkorps"

Am 7. Januar 2025 veröffentlichte Aleksandr Glazunov, Student an der Dmitrij-Mendelejev-Universität für Chemische Technologie Russlands, einen Kommentar, in dem die Ermittlungsbehörden Anzeichen für eine "Rechtfertigung der Aktivitäten" des Russisches Freiwilligenkorps sahen. Der genaue Wortlaut des Kommentars wurde nicht veröffentlicht. Das 2. Westliche Bezirksmilitärgericht befand Aleksandr der "öffentlichen Rechtfertigung von Terrorismus im Internet" für schuldig und verurteilte ihn zu [drei Jahren Haft](#) in einer Strafkolonie.

Bewohner aus dem Gebiet Amur wegen Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags auf die Transsibirische Eisenbahn verurteilt

Ein 39-jähriger Mann aus dem Gebiet Amur (Name geheim) soll im Jahr 2024 Kontakt mit einem "Vertreter einer ukrainischen terroristischen Organisation" aufgenommen und begonnen haben, einen Sabotageakt auf die Transsibirische Eisenbahn vorzubereiten. Er soll eine Ausbildung im Umgang mit Spreng- und Minentechnik absolviert und Komponenten für eine selbstgebaute Bombe gekauft haben. Im Januar 2025 wurde der Mann vom russischen Inlandsgeheimdienst FSB festgenommen. Am 23. April berichtete Interfax über das Urteil: [18 Jahre Haft](#) wegen "Hochverrats", "Vorbereitung eines Sabotageakts" und "Beteiligung an den Aktivitäten einer terroristischen Organisation".

6 Kommentare zur Unterstützung der Ukrainischen Streitkräfte: 5,5 Jahre Straflager

Artur Sagijev aus Kazan veröffentlichte zwischen August und Oktober 2024 sechs Beiträge auf Telegram, die nach Ansicht des Gerichts "Anzeichen einer Billigung zerstörerischer Handlungen der Streitkräfte der Ukraine" enthielten. Im Juli 2025 wurde Artur festgenommen und wegen "öffentlicher Unterstützung terroristischer Handlungen im Internet" angeklagt. Für die Teilnahme an den Gerichtsverhandlungen wurde der 39-jährige nach Jekaterinburg überstellt. Am 20. April verurteilte ihn das Zentrale Bezirksmilitärgericht zu [5,5 Jahren Haft](#) in einer Strafkolonie mit allgemeinen Regimes und verhängte zusätzlich ein dreijähriges Verbot, Webseiten zu verwalten.

Neue Strafverfolgung gegen politischen Gefangenen wegen positiven Äußerungen über die Streitkräfte der Ukraine



Foto: SOTAvision

Wegen mit einem Diktiergerät aufgezeichneter Gespräche mit anderen Häftlingen über den Krieg in der Ukraine wird dem 54-jährigen politischen Gefangenen Andrej Petrovskij nun erneut die "[Rechtfertigung von Terrorismus](#)" vorgeworfen. Ihm werden drei Fälle zur Last gelegt, in denen er die ukrainische Armee, den Anschlag auf die Krym-Brücke sowie Angriffe auf russische Öltraffinerien positiv bewertet haben soll. Andrej Petrovskij verbüßt derzeit eine Haftstrafe in der Strafkolonie IK-13 in Nizhnij Tagil im Föderationskreis Ural. Bereits zuvor war er wegen "Rechtfertigung von Terrorismus im Zusammenhang mit Internetkorrespondenz" verurteilt worden. Dabei soll er zu "gewaltsamen Handlungen gegen die oberste Staatsführung" aufgerufen haben.

Geldstrafe für "Ruhm der Ukraine" in einem Chat mit 25 Teilnehmenden

В отношении административный материал за совершение правонарушения, предусмотренного ч.1 ст.20.3 КоАП РФ, по факту того, что 31 декабря 2025 года в 18 час. 43 мин. гражданин С.В., находясь в неустановленном месте, будучи пользователем мессенджера «Ватсап», являющегося программой клиентом (приложением) для адрес Интернет «IOS», «Android», «S4» и «KaiOs», также будучи участником группы пользователей в количестве 25 участников, которые входили в общий чат мессенджера «Ватсап» под названием «История с мангалом», разместил текстовое сообщение фио, фио, являющееся лозунгом националистического объединения «Добровольческое Движение Организации украинских националистов» («Добровольчий Рух Організації українських націоналістів»), которое в соответствии с решением Верховного Суда Российской Федерации от 08.09.2022 признано экстремистской организацией

17 января 2024 года, распоряжениями Минюста России за номерами 36-р, 37-р, 38-р, 39-р, Украинская народно-революционная армия (УНРА), Украинская повстанческая армия (УПА), Украинская народная самооборона (УНС), Организация украинских националистов (ОУН), которые используют лозунги (кодировые слова): «Слава Украине» и эмблемы «стилизованнный тризуб», включены в перечень организаций, движений и лиц, нарушающих № 80-ФЗ от 19.05.1995 год «Об увековечивании Победы советского народа в Великой отечественной войне 1941-1945 г.г.».

Стоит учитывать, что организации такие как: «Националистическая группировка «Черный Комитет» (фио) за № 99, «Добровольческое Движение организации украинских националистов» за № 100, внесенные в перечень организаций, в отношении которых судом принято решение о ликвидации ли запрете деятельности по основаниям, предусмотренным Федеральным законом от 25.07.2002 № 114-ФЗ № «О противодействии экстремистской деятельности» также используют лозунги (кодировые слова): «Слава Украине» и эмблемы «стилизованнный тризуб». Вышеуказанные организации ведут активную экстремистскую деятельность, направленную на противодействие Российской Федерации в достижении целей и задач в зоне проведения СВО.

Ein Moskauer postete am 31. Dezember 2025 in einem WhatsApp-Chat mit 25 Teilnehmenden den Gruß "Slava Ukraini". Daraufhin wurde ein Verfahren wegen "Zurschaustellung extremistischer Symbolik" eingeleitet. Das Gericht verhängte jetzt eine [Geldstrafe](#), deren Höhe nicht bekannt ist.

"Das Faschistenpack sitzen im Inneren des Landes und nicht in der Ukraine"

Natalja Schach aus der Region Perm (Föderalbezirk Wolga) schrieb mehrere Antikriegs- und Anti-Putin Kommentare auf der Plattform VKontakte, wie zum Beispiel: "Die Faschisten sitzen im Inneren des Landes und nicht in der Ukraine, das wusste ich schon immer. Nieder mit Putler und seinen Handlangern, es ist Zeit, Volksbataillone zu bilden und diesen ganzen Schimmel, der die Macht an sich gerissen hat, auszurotten." Oder: "Vereinigt euch, leistet Widerstand, organisiert Bürgerwehren und Partisaneneinheiten." Wegen "öffentlicher Aufrufe zum Terrorismus" wurde Natalja jetzt zu [fünfeinhalb Jahren Freiheitsstrafe](#) in einer Strafkolonie allgemeinen Regimes verurteilt.

18-jähriger wegen "verbotener Symbolik" bei Telegram verhaftet und zu Geldstrafe verurteilt



Foto: Archiv SOTAvision

Vladislav Schabanov schrieb in sein Telegram-Profil "Freiheit für Russland", fügte gelb-blaue Herzen hinzu und schrieb in einem Chat pro-ukrainische und negative Kommentare über Putin. Daraufhin wurden gegen ihn Verfahren wegen "verbotener Symbolik", "Anstiftung zum Hass" und "Diskreditierung der Armee" eingeleitet. Ein Gericht in Moskau [verurteilte](#) den 18-Jährigen zu 15 Tagen Verwaltungsarrest und 50.000 Rubel Geldstrafe [ca. 600 Euro]. Bereits 2025 war der damals noch minderjährige Schabanov schon einmal festgenommen und wegen eines "Nein zum Krieg"-Abzeichens mit einer Geldstrafe belegt worden.

6 Jahre Straflager wegen Kommentar über das "Russische Freiwilligenkorps RDK"

Vitalij Grigorjev veröffentlichte im Jahr 2023 bei VKontakte drei Videos von YouTube-Kanälen des RDK von Mark Fejgin sowie des ukrainischen Nachrichtensenders "Kanal 24" und kommentierte diese. In einem Kommentar zu Angriffen im Gebiet Belgorod schrieb er unter anderem, dass die russische Regierung die Mitglieder des "Russischen Freiwilligenkorps" als Terroristen einstuft und ihnen lange Haftstrafen drohen, sie aber dennoch weitermachen würden. Am 13. November 2025 wurde Grigorjev festgenommen und wegen "Rechtfertigung von Terrorismus" angeklagt. Am 14. April wurde er zu [6 Jahren Haft](#) in einer Strafkolonie verurteilt.

"Die Ukraine vor und nach der russischen Welt"

Die aus der Republik Sacha (Jakutien, Föderationskreis Ferner Osten) stammende Jekaterina Everstova veröffentlichte auf Instagram ein 38-sekündiges Video mit dem Titel "Die Ukraine vor und nach der russischen Welt". Darin wurden zerstörte zivile Objekte gezeigt: Wohnhäuser in Kyjiv und eine Schule in Charkiv. Gegen Everstova wurde Anklage wegen der "Verbreitung von militärischen Falschinformationen aus politischem Hass" erhoben. Am 18. April wurde bekannt, dass ein Bezirksgericht sie zu [sechs Jahren Freiheitsstrafe](#) auf Bewährung mit einer zweijährigen

Bewährungszeit verurteilt hat. Zusätzlich wurde ihr für drei Jahre verboten, Informationen im Internet zu veröffentlichen.

"Militäroperation" verurteilt: Moskauer erhält Geldstrafe

Der Moskauer V. S. (vollständige Name im Gerichtsbeschluss anonymisiert) äußerte auf der Straße den Satz: "Wenn diese ganze *** vorbei ist, wird man mit diesem ganzen *** Staat andere Seiten aufziehen." Das Gericht wertete die Aussage als "Diskreditierung der Armee" und verhängte eine Geldstrafe.

Aufkleber in Regionalbahn diskreditieren Putin

УСТАНОВИЛ:

12.02.2026 года о/у ШПЭ УВД на ММ ГУ МВД России по адрес в отношении Р фпо составлен протокол № 0598733 об административном правонарушении, предусмотренном ч.1 ст. 20.3.3 КоАП РФ.


Дело для рассмотрения по подведомственности передано на рассмотрение в Люблинский районный суд адрес.

Установлено, что 11.02.2026 г. в 22 час.03 мин. в вагоне электропоезда на адрес, расположенной по адресу: адрес, в общественном месте на транспорте общего пользования фпо наклеил на панель вагона электропоезда листовку дискредитирующую Верховного главнокомандующего Вооруженными силами Российской Федерации фпо тематического содержания доступную для просмотра неограниченному кругу лиц.

Таким образом, осуществил публичные действия, направленные на дискредитацию использования Вооруженных Сил Российской Федерации в целях защиты интересов Российской Федерации и ее граждан, поддержания международного мира и безопасности, посредством публичного призыва (в письменной форме путем использования наглядной агитации) к воспрепятствованию использования Вооруженных Сил Российской Федерации в указанных целях, при этом в действиях гражданина фпо не содержится признаков уголовно-наказуемого деяния, ответственность за которое предусмотрена ст. 207.3 УК РФ.

фпо Е.В. надлежащим образом именован, не явился, ходатайство об отложении не заявлено, суд на основании ст.25.1 КоАП РФ считает возможным рассмотреть дело в его отсутствие.

Факт совершения правонарушения подтверждается следующими доказательствами: протоколом об административном правонарушении, карточкой происшествия, рапортом сотрудников полиции, протоколом осмотра места происшествия, фотоматериалом, заявлением о привлечении к административной ответственности, данными о личности и иных материалах дела.



Ein Moskauer (Name nicht bekannt) klebte am 11. Februar 2026 in einem Regionalzug einen Flugzettel an, der nach Auffassung der Behörden den "Obersten Befehlshaber der Streitkräfte der Russischen Föderation" – also Wladimir Putin – "diskreditiert". Insgesamt wurden gegen den Aktivisten fünf Verfahren wegen "Diskreditierung der Armee" eingeleitet. Das Gericht sprach ihn schuldig und verhängte nun eine [Geldstrafe](#) in unbekannter Höhe. Der Mann erschien nicht vor Gericht.

Posts über Raketenangriffe auf Wohnhaus in Dnipro und das *Ochmatdet-Kinderkrankenhaus* als "militärische Falschinformationen" eingestuft

Der Moskauer Jaroslav Bykov veröffentlichte auf Instagram zwei Beiträge über Bombardierungen ziviler Ziele durch die russische Armee: den Raketenangriff auf ein Wohnhochhaus in Dnipro im Januar 2023 sowie den Beschuss des Kinderkrankenhauses *Ochmatdyt-Kinderkrankenhaus* im Juli 2024. Gegen ihn wurde Anklage wegen "Verbreitung militärischer Falschinformationen" aus politisch motiviertem Hass erhoben. Seit dem 19. Dezember 2025 befindet sich Bykov in Untersuchungshaft, nun hat der Prozess gegen ihn [begonnen](#). Jaroslav Bykov wurde in Charkiv geboren und kam 1992 mit seiner Mutter und seiner Großmutter nach Russland. Im Oktober 2025 wurde er zunächst für 14 Tage festgenommen wegen eines Posts, in dem er der Ukraine den Sieg wünschte. Es folgten zwei weitere Festnahmen, unter anderem wegen eines Beitrags mit der weiß-blau-weißen Flagge.

Verurteilung wegen Witzes mit Ausruf "Ruhm der Ukraine"

Ein Einwohner aus der Region Stavropol (Föderationskreis Nordkaukasus) rief beim Verlassen einer Kirche "Slava Ukraini". Vor Gericht erklärte er dies als Scherz, doch das Gericht wertete die Aussage anders und verhängte eine [Geldstrafe](#) von 50.000 Rubel [1,8-facher gesetzl. Mindestlohn] wegen "Diskreditierung der russischen Armee".

Geldstrafe für Live-Stream mit Titel "Nein zum Krieg"



Foto: Mediazona

Der ehemalige Kandidat für das Amt des Gouverneurs von Sankt Petersburg Aleksandr Vinogradov führte am 22. Februar 2024 in seiner Gruppe "VinogradovLife" im sozialen Netzwerk VKontakte eine Live-Übertragung mit dem Titel "Nein zum Krieg" durch. Nach einer Anzeige, die ein Assistent eines Staatsduma-Abgeordneten verfasst hatte, wurde ein Protokoll wegen "Diskreditierung der Armee" erstellt und nun eine [Geldstrafe](#) in Höhe von 40.000 Rubel (1,5-facher gesetzl. Mindestlohn) verhängt.

Kultur

Rapper Guf veröffentlicht Track mit Anti-Kriegsbotschaft

Auf dem [YouTube-Kanal](#) von Aleksej Dolmatov, bekannt als Rapper Guf, erschien ein [neuer Song](#) mit dem Titel "Tuman" [Nebel].

Darin heißt es unter anderem:

"Ich erinnere mich an die Namen aller 15 Republiken [der UdSSR].

Und ich bin krass fertig darüber, wie man uns so verarscht hat.

Dass wir jetzt jemanden, der ein Freund war, einen Feind nennen müssen.

Das ist so verrückt, ich möchte einfach, dass alles normal ist.

Zumindest, dass keine Kugeln über unser'n Köpfen fliegen.

Ich träume davon, dass das alles aufhört."

Außerdem enthält der Track die Zeilen, dass seine Generation in der Schule nicht gelernt habe, "Schützengräben zu graben", und dass man in Russland sogar schon bald "nach Regeln atmen müsse."

Sonstiges

Mobilisierungsplakate in Brjansk angezündet



Partisanen der Bewegung "ОТНОТ" [Abwehr] haben in Brjansk [Mobilisierungsplakate angezündet](#), die im Stadtgebiet aufgehängt waren. Die Aktion sei Teil der unbefristeten Kampagne "Nicht meine Armee", die "ОТНОТ" in verschiedenen Regionen Russlands sowie in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine durchführt. Im Rahmen dieser Kampagne entfernen und verbrennen die Aktivisten Plakate, die zum Eintritt in die russische Armee aufrufen.